

ach am Fuß der Wartburg ist, wurde einer breiteren Öffentlichkeit vor allem als Vorsitzender des kirchlichen *Lutherkomitees* bekannt. Er hatte in den Jahren 1980 bis 1983 die heikle Aufgabe, bei den Vorbereitungen zum Lutherjahr mit dem staatlichen Komitee zusammenzuarbeiten, gleichzeitig aber auf die Eigenständigkeit der kirchlichen Bemühungen um das Lutherjubiläum bedacht zu sein, was ihm auch gelang.

Veränderungen im Verhältnis zwischen Kirchenbund und DDR-Staats- und Parteiführung sind nach übereinstimmender Meinung aller Beobachter vom Wechsel im Vorsitz der Konferenz der Kirchenleitungen nicht zu erwarten (der Konferenz gehören sieben Vertreter der Synode und deren Präses, die acht leitenden Geistlichen sowie je ein weiteres Mitglied der Kirchenleitung aus jeder Landeskirche an). Für Kontinuität spricht auch die von der Synode getroffene Wahl für die Posten der beiden Stellvertreter des Kirchenbundvorsitzenden: Gewählt wurden der Ost-Berliner Konsistorialpräsident *Manfred Stolpe* und der provinzsächsische Bischof *Christoph Demke*. Stolpe hatte von 1969 bis 1981 und Demke von 1981 bis 1983 das Berliner Sekretariat des Kirchenbundes geleitet.

Unmittelbar nach seiner Wahl erklärte Bischof Leich vor der Bundessynode, die Kirche in der DDR müsse auch in Zukunft für die Schwachen eintreten. Dies gelte für das große Feld der Diakonie, aber auch für diejenigen, die am Rande der Gesellschaft lebten und bei der Kirche Verständnis und Anwälte für ihre Lebensweise und ihre Situation suchten. Er sprach auch von einem immer noch schwelenden „Konfliktpotential“ zwischen Staat und Kirche. Dennoch gebe es eine „Situation der aufgelockerten Möglichkeiten“, die es nicht zu verschlafen, sondern zu nutzen gelte. Gelegenheit, über diese Möglichkeiten wie über das Konfliktpotential zu sprechen, könnte das geplante neue *Spitzengespräch zwischen Kirchenbund und Staatsführung* bieten. Honecker, der mit einem im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Tele-

gramm dem neuen Kirchenbundvorsitzenden gratulierte, hatte bei einem Treffen mit Bischof Hempel seine grundsätzliche Bereitschaft zu einem solchen Gespräch bekundet.

Abzuwarten bleibt auch, ob und wie sich der Wechsel an der Spitze des Kirchenbundes auf das evangelisch-katholische Verhältnis in der DDR auswirkt. Die Landeskirche von Bischof Leich deckt sich geographisch weitgehend mit dem Jurisdiktionsbezirk von Bischof *Joachim Wanke* (Erfurt), der jetzt stellvertretender Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz ist. ru

Arbeitsmarkt

Die Kirchen sind kein Beschäftigungsunternehmen

Je länger die Massenarbeitslosigkeit andauert, um so mehr geraten auch die *Kirchen als Arbeitgeber* in die Diskussion. Einmal wird an die Kirchen appelliert, sich bewußt zu werden, daß auch sie der Zahl der Beschäftigten nach zu den großen Unternehmen gehören und durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze oder jedenfalls durch eine beschäftigungsfreundliche Einstellungspolitik zur Lösung des Arbeitslosenproblems beizutragen hätten. Darüber hinaus werden beide Kirchen auf je verschiedene Weise im Blick auf die zunehmende Arbeitslosigkeit von Akademikern mit einem Sonderproblem konfrontiert.

Die evangelische hat einen zu zahlreichen Pfarrernachwuchs; die katholische Kirche „leidet“ zwar unter Priestermangel, aber ebenso unter einem *Überangebot an Laientheologen*, also vor allem an solchen Studienabgängern, die als Religionsphilologen oder im pastoralen Dienst der Kirche unterkommen wollen.

Die Kirchen ihrerseits sehen sich wiederum aus unterschiedlichen Gründen veranlaßt, die Zugänge zum Pfarrerdienst bzw. der Laientheologen zum pastoralen Dienst zu verengen. In ei-

nem internen Papier der Personalreferenten der Evangelischen Landeskirchen, auf das die „Frankfurter Rundschau“ (7.2. 86) unter dem Titel „Ein kirchlicher Skandal?“ hinweist, spricht sich diese eindeutig für *schärfere Auswahlkriterien bei der Zulassung zum Pfarramt* und für eine verschärfte Auslese während der Vikarszeit aus. Dabei werden auch Schwachstellen im Studiengang und im Studienergebnis bloßgelegt. Viele der Kandidaten, so heißt es dort, hätten sich mit einem Hochschulstudium einfach übernommen. Dagegen haben sich Sprecher des Verbandes Evangelischer Theologiestudierender und die Konferenz theologischer Fachschaften mit Vehemenz gewandt.

Unter (katholischen) Laientheologen breitet sich ebenfalls zunehmend Unbehagen aus, weil einzelne Diözesen gar keine Laientheologen in den Gemeindedienst übernehmen, andere nur eine sehr begrenzte Zahl für den gemeindlichen und übergemeindlichen Dienst vorsehen.

Nun gibt es nicht nur gute Gründe, dieses wachsende Unbehagen zu verstehen, es gibt ebenso triftige Gründe zu fragen, ob es sich die katholische Kirche angesichts des Priestermangels erlauben könne, das ihr in den Laientheologen zugewachsene *personelle Potential* einfach brach liegen zu lassen. Sie setzt sich damit auf jeden Fall dem Verdacht aus, vor einer breiteren Mitwirkung theologisch gebildeter Laien in den inneren Bezirken der Kirche Angst zu haben.

Aber niemand dürfte der Kirche bzw. in dem Fall *den* Kirchen das Recht absprechen, einen theologisch wie geistlich möglichst qualifizierten Klerus bzw. eine qualifizierte Pfarrerschaft heranzubilden und die Zugänge entsprechend zu gestalten. Die Situation ist diesbezüglich im evangelischen und im katholischen Bereich wiederum recht unterschiedlich.

Legte die katholische Kirche bei ihrem Priesternachwuchs gegenwärtig sehr strenge Kriterien an, würde sich der Priestermangel vermutlich noch beträchtlich verschärfen. Hört man sich auf den theologischen Fakultäten um, so kann man nicht selten den

Hinweis hören, das intellektuelle Niveau sei unter den Laientheologen nicht unwesentlich höher als unter den Priesteramtskandidaten.

In der evangelischen Kirche stellt sich das Problem so nicht. Wer dort Theologie studiert, studiert in der Regel von vorneherein mit dem Ziel Pfarramt. Aber beiden gemeinsam ist das Überangebot an Theologieabsolventen. Wer nun angesichts dieser Situation argumentiert, die Kirche müsse mehr Theologen in ihren Dienst nehmen, das schulde sie den Betroffenen als Beitrag zum Abbau von Arbeitslosigkeit unter Akademikern, hat, um es vorsichtig zu sagen, ein *schiefes Kirchenbild*. Kirche lebt ihrem Auftrag. Danach muß sich Zahl und Qualifikation ihres Personals richten. Beschäftigungspolitische Rücksichten können dabei kein Kriterium sein. Kirche hat nicht für Beschäftigung zu sorgen, sondern ihren Glaubensdienst auszurichten. Natürlich bleibt dabei das für viele persönlich sehr bittere Problem, daß sie sich auf einen Berufsweg eingestellt haben, der sie in ihrer *persönlichen Lebensplanung* nicht ans Ziel bringt. Arbeitslosigkeit ist auch für Theologen eine sehr bittere Realität. Die Kirchen haben hier (einschließlich der Theologie) sicher den Fehler gemacht, daß sie allzu sorglos – sich über den jahrelangen Zustrom an Theologiestudierenden freuend – vergessen haben, die Betroffenen rechtzeitig und laut genug auf die zu erwartenden beruflichen Schwierigkeiten aufmerksam zu machen.

Die Folgen dieser Versäumnisse trägt die junge Theologengeneration allerdings gemeinsam mit allen Jungakademikern, die keine ihrem Studienabschluß und ihren Erwartungen entsprechende Beschäftigung finden. Das macht ihr Los nicht leichter, aber es ist keine spezielle Situation von Theologen, eher eine spezielle Situation der Kirche, die als Glaubensgemeinschaft nicht wie ein Wirtschaftsunternehmen kalkulieren, sondern eher wie der Staat darauf achten muß, daß wie der öffentliche Dienst auch der kirchliche Dienst nicht beschäftigungspolitischer Kriterien wegen übermäßig ausgedehnt wird.

Überdies müssen im kirchlichen Bereich, weil Kirche Glaubensgemeinschaft ist, personalpolitisch noch zwei weitere Gesichtspunkte beachtet werden. Die Kirchen bedürfen als Glaubensgemeinschaft einer *stärkeren Mobilisierung des ehrenamtlichen Elements*, wenn sie nicht vollends bürokratisiert werden wollen. Und der akademisch gebildete Theologe ist nicht der von vorneherein für jeden kirchlichen Dienst geeignetste Anwärter. Menschen mit „profaner“ Bildung gehören in größerer Zahl in den kirchlichen Dienst, wenn die Kirche den Wirklichkeitsbezug nicht auf theologische Bildungserlebnisse verengen will. *se*

Weit vorgewagt

Die philippinischen Bischöfe delegitimieren Marcos

Das Szenario war nicht alltäglich. Priester und Nonnen in einer Reihe mit den Vertretern der Opposition und eine Verurteilung des Marcos-Regimes durch die Bischöfe während der künstlich in die Länge gezogenen Stimmenausählung, wie sie eindeutiger nicht hätte ausfallen können: die ses habe sich durch „kriminelle Machtausübung“ um jede moralische Grundlage gebracht.

Die philippinische Kirche hat sich unter Führung ihrer Bischöfe damit weit vorgewagt. Sie ließ sich auch durch die vorsichtiger Gangart des Vatikans und der Nuntiatur in Manila nicht davon abhalten, deutlich zu sagen, was sie vom Marcos-Regime überhaupt und nach den Wahlen vom 7. Februar im besonderen hält und auf wessen Seite ihrer Meinung nach die überwiegende Mehrheit des Volkes steht: auf seiten der durch Wahlfälschung und Gewaltakte um den Erfolg gebrachten Opposition unter Führung der fast zur religiösen Figur aufgestiegenen Witwe des ermordeten früheren Oppositionsführers *Benigno Aquino*. Insofern hatte *Ferdinand*

Marcos, der nach der Stimmenausählung im Parlament sich mit einem Regierungsamtl. errechneten Vorsprung von ca. 1,5 Millionen Stimmen zum Wahlsieger proklamieren ließ, nicht unrecht, wenn er den Bischöfen, die mit erstaunlicher Geschlossenheit gegen Marcos Stellung bezogen, vorwarf, sie seien parteilich geworden.

Das hinderte die Bischöfe aber nicht, die „Delegitimierung“ Marcos' vollends aktenkundig zu machen und, wenn schon nicht formell, so doch der Sache und auch der Optik nach sich hinter das von *Cory Aquino* ausgerufenen Programm des „zivilen Ungehorsams“ zu stellen mit dem Hinweis, daß die „Respektierung des Volkswillens“ Voraussetzung für jede Versöhnung sei.

Ob sich ein Episkopat und eine Kirche insgesamt nicht damit übernimmt? Von ferne mag es so aussehen. Aber in der konkreten politischen Situation der Philippinen ist dann die katholische Kirche die einzige Autorität, die das moralische Vakuum, das durch das korrupte Marcos-Regime entstanden ist, ausfüllen und einen halbwegs friedlichen Übergang in die Nach-Marcos-Ära bewerkstelligen kann.

Nicht zuletzt auf die Kirche auf den Philippinen ist es wohl auch zurückzuführen, daß sich die USA und vor allem Präsident *Reagan* selbst nach anfänglichen Ausflüchten („keine Tatsachenbeweise für Wahlfälschungen“) und langem Zögern dann doch deutlich von Marcos distanziert hat, ohne ihn vorerst ganz fallen zu lassen. Um so größer ist die der Hierarchie mit dem absehbaren Ende der Marcos-Ära zugewachsene Verantwortung. Sie hat sich ihr mit Umsicht, aber ohne zu zögern, gestellt. Sie wird den gezeigten Mut und die Umsicht in den kommenden Wochen noch mehr brauchen, wenn die Massenproteste der um ihren Wahlsieg betrogenen Bevölkerungsmehrheit und die Ablösung des einmal mit viel Hoffnungen begrüßten Marcos-Regimes nicht in einem blutigen Bürgerkrieg oder in einer von den Amerikanern herbeigewünschten oder tolerierten Militärdiktatur münden sollen. *un*